

AL TÄTIGKEITSBERICHT 2015

Politischer Rückblick

Dayana Mordasini

Die Kantonsratswahlen 2015 waren ein grosser Erfolg, die AL hat mit Laura Huonker und Manuel Sahli (Winterthur) zwei zusätzliche Sitze gewonnen und das Wahlziel, eine eigene Fraktion zu bilden, klar erreicht. Markus Bischoff hat einen beherzten Regierungsratswahlkampf geführt mit realistischen Wahlchancen und ein sehr gutes Resultat im bürgerlich dominierten Kanton erzielt.

Im Mai hat sich die AL im Kampf gegen «Zürich im Landesmuseum» engagiert und verloren. Wir argumentierten, dass es sich bei der Vorlage um ein blosses Prestigeobjekt handelt, das der Standortförderung dient. Die Stadt schiebt ein grosses strukturelles Defizit vor sich her und die Ausgaben für eine Touristenattraktion in Bahnhofsnähe erachteten wir als unnötig. Ebenfalls für die Juni-Abstimmung hat sich die AL in einem breiten Komitee für ein JA zur Wohnsiedlung Hornbach engagiert und die StimmbürgerInnen sind der Empfehlung gefolgt.

Nachdem der Kantonsrat im März die Reduktion der Grundbuchgebühren angekündigt hat, hat die AL als einzige Partei angedroht, das Referendum zu ergreifen. Diesem Aufruf sind SP und Grüne gefolgt und gemeinsam wurde im Juli das Behördenreferendum ergriffen. Im Februar 2016 hat das Stimmvolk dann leider der Vorlage zugestimmt, die Gebühren werden gesenkt. Einzig die Stadt Zürich hat die Reduktion abgelehnt. Winterthur hat nur hauchdünn zugestimmt. Dies hat gezeigt, dass dort, wo wir aktiv in eine Kampagne eingestiegen sind, die Menschen unserer Empfehlung gefolgt sind.

Bereits im Juni ist die Liste der AL für die Nationalratswahlen verabschiedet worden, mit dem einen Ziel, mit Markus Bischoff einen Sitz zu erreichen. Nach einem intensiven Wahlkampf fehlten lediglich gut 1 500 Stimmen für den ersten AL-Nationalratsitz. Da es bei den Ständeratswahlen zu einem zweiten Wahlgang gekommen ist, hat die AL Bastien Girod aktiv im Wahlkampf unterstützt, um den Rechtsrutsch des Parlaments wenigstens auf Ständeebene etwas abzumildern.

Im September hat die AL anlässlich der Eröffnung des Pfingstweidparks eine kleine Protestaktion durchgeführt, die darauf hingewiesen hat, dass die Stadt den grössten Teil der Kosten übernimmt, die Immobilien-

firmen aber sahen Dank der städtisch finanzierten Attraktivitätssteigerung die Gewinne ab.

Ebenfalls im September fand mit einem interessanten Podium der Auftakt zur Kampagne für unsere Kinderbetreuungs-Initiative statt. Es hat sich gezeigt, dass sich der frühe Einstieg in die Kampagne gelohnt hat, denn es konnten wichtige Netzwerke zu Fachverbänden aktiviert werden.

Im November hat die AL das Manifest für die Bildung unterstützt welches dazu aufruft, keine Sparmassnahmen im Bildungsbereich zuzulassen.

Im neuen Jahr hat sich die AL im nationalen Kampf gegen die DSI aktiv eingebracht, da es sehr wichtig war, hier für ein NEIN zu kämpfen.

Neben den zahlreichen politischen Kampagnen steht der Vorstand in regelmässigen Kontakt mit dem Stadtrat und den Fraktionspräsidenten. Sachgeschäfte und aktuelle politische Diskussionen können so effizient geführt werden. Wir freuen uns, mit Richard Wolff eine eigene Stimme in der Regierung zu haben, welcher die Haltungen der AL im Gesamtstadtrat, wie auch im Sicherheitsdepartement einfließen lässt. Wir sind überzeugt, dass Ende Legislatur seine Handschrift unverkennbar zu lesen ist.

Kampagnen sollen und müssen mitgetragen werden, erfordern aber immer personelle und materielle Ressourcen. An diesen fehlt es leider sehr oft und auch «das Wachsen der Partei in die Breite», das Fussfassen in den Kommunen und Bezirken blieb vorerst ein Wunsch. Selbstverständlich gibt es persönliche Kontakte nach aussen aber es fehlt die Implementierung - mit wenigen Ausnahmen - auf institutioneller Ebene.

Till Kleisli, langjähriges Vorstandsmitglied der AL Zürich mit Verantwortung für die Website und Social Media ist mit seiner Familie nach Basel gezogen und deshalb aus dem Vorstand ausgetreten. Ebenfalls zurückgetreten aus beruflichen Gründen ist Richi Blättler. Wir danken beiden für das in den Vorstand getragene Engagement. Als zusätzliches Vorstandsmitglied wurde im Mai 2015 Atilio Stoppa gewählt.

Die Mitarbeit im Vorstand ist spannend und bereichernd, erfordert aber Engagement und Zeit. Deshalb würden wir gerne noch die eine Mitstreiterin oder den einen Mitstreiter willkommen heissen, denn nicht zuletzt die Führung unserer eigenen Kampagne «Be-

zahlbare Kinderbetreuung für alle» wird einen entsprechenden Effort von allen Mitgliedern und Sympathisanten erfordern.

Rückblick Sekretariat

Dayana Mordasini

Für die Kantons- und Regierungswahlen haben wir erstmals eine professionelle Crowdfunding Kampagne über die Plattform wemakeit.ch betrieben. Auf diese Weise konnten gut 14% der Einnahmen erzeugt werden.

Diese Kampagne, die vor allem von einer starken online Präsenz (Film, Bilder, Blogs) begleitet wurde, hat auch die herkömmlichen Spendenkanäle beflügelt. 70% der eingenommenen Gelder wurden denn auch über diese Kanäle generiert. Neben den bewährten Kommunikationskanälen wie Spendenbriefe, Newsletter, AL-Info und Veranstaltungen, haben wir so aktiv wie nie auf Facebook mobilisiert. Zu diesem Zweck haben wir Film und Bildmaterial erstellt, welches sich besonders gut auf den sozialen Netzwerken verbreiten und relativ günstig bewerben lässt. Auch bei den Nationalratswahlen haben wir nach den positiven Ergebnissen der Kantons- und Regierungswahlen erneut auf eine Crowdfunding-Kampagne gesetzt. Wir haben sogar deutlich mehr eigenes Filmmaterial produziert. Gleichzeitig haben wir versucht, unsere Kernthemen mit möglichst vielen eigenen Inhalten zu füllen und haben zu diesem Zweck für beide Wahlkämpfe sowie die DSI-Kampagne Anfang 2016 aktiv Blogbeiträge für unsere Website geschrieben. Als Wahlbilanz kann gesagt werden, dass wir mit dem Ergebnis der Kantonsratswahlen eine neue Messlatte gelegt haben, die wir bei den Nationalratswahlen nicht mehr übertreffen konnten. Die Kampagnen im vergangenen Jahr haben gezeigt, wie wichtig es ist, wenn wir eigene Inhalte haben, die wir festhalten und verbreiten können. Am erfolgreichsten sind eigene Veranstaltungen und Aktionen, die den WählerInnen zeigen, dass wir eine lebendige Partei sind, die nicht bloss Lippenbekenntnisse von sich gibt. Die AL-Basis lässt sich für konkrete Ereignisse gut mobilisieren, dennoch wäre es gut, wenn sich noch breiter Menschen engagieren könnten, damit diese zukünftig vielfältiger und noch wirkungsvoller werden.

Das vergangene Jahr im Sekretariat stand unter dem Motto Knowhowtransfer. Es war ein grosses Anliegen von Vorstand und der Geschäftsführung, das vorhandene Wissen

auf verschiedenen Träger zu verteilen. Corin Schäfli wurde zu diesem Zweck viel stärker eingebunden, so dass wir die vielfältigen Aufgaben gemeinsam erledigen konnten. Zudem wurde Ende Jahr erstmals eine Fraktionssekretärin eingestellt, die den beiden Fraktionen einiges an Arbeit abnehmen konnte. Nach einer Legislatur auf dem AL-Parteisekretariat habe ich auf Ende Januar meine Anstellung als Geschäftsführerin gekündigt und auch Ursina Klausner, die Fraktionssekretärin hat nach der Probezeit die Arbeit nicht mehr weiterführen können, da sich anderweitig berufliche Möglichkeiten ergeben haben. Die beiden Stellen werden auf Mitte Jahr neu besetzt. Ich wünsche meinem Nachfolger Markus Gafner ein gutes Ankommen in der Parteizentrale der Alternativen Liste.

Erfolgsrechnung AL 2015

Marco Medici, Kassier

Im Berichtsjahr konnten wir die Mandatsabgaben markant steigern, dank einer 9 köpfigen Gemeinderatsfraktion und, für 7 Monate, einer 5 köpfigen Kantonsratsfraktion. Auch bei den Justizpersonen resultiert ein Mehrertrag.

Im Jahre 2015 mussten sowohl die Kantonsrats- und Regierungswahlen wie auch die Nationalratswahlen finanziert werden. Die direkten Erträge für die Wahlen deckten zu 89% die Kosten. Bei den Kampagnen konnte jene für die Pauschalsteuer erfolgreich innerhalb des budgetierten Rahmens abgeschlossen werden. Der Personalaufwand darf als sehr bescheiden taxiert werden.

Im Berichtsjahr haben wir die Darlehensverpflichtungen auf nur noch Fr. 15 000 abgebaut. Wir verfügen heute über eine gesunde Finanzstruktur.

	Einnahmen	Ausgaben
Mandatsabgaben	163 778.17	
Vereinseinnahmen + Diverses	16 580.05	
AL-Info-Ertrag	685.00	
Allgemeine Spenden	29 133.84	
Spenden Kampagnen /Aktionen	20 372.5	
Wahlspenden	204 923.35	
Kosten AL Info		14 832.05
Kosten Kampagnen / Aktionen		92 306.25
Kosten Wahlen		229 756.70
Personalaufwand		62 922.45
Allgemeine Sekretariatskosten		35 597.71
Total	435472.91	435 415.16
Gewinn		57.75



Gemeinderat

Andreas Kirstein, Fraktionspräsident

Die neunköpfige Fraktion der AL hat sich im Jahr 2015 gut konsolidiert und ihren Fokus verstärkt auf inhaltliche Diskussionen richten können. Neben den regulären Fraktionssitzungen boten neun über das Jahr verteilte Themenfraktionssitzungen Gelegenheit, Schwerpunktthemen sowie wichtige und komplexe Geschäfte vertieft zu diskutieren.

Die AL-Fraktion reichte im Jahr 2015 rund 27 parlamentarische Vorstösse zu einer grossen Bandbreite von Themen ein. Sie betrafen Verkehr, Kultur, Schule und Polizei ebenso wie Raum- und Infrastrukturfragen. Diese hohe Produktivität wurde nicht zuletzt durch weitere organisatorische Massnahmen zur Priorisierung der Geschäfte und zu straffen Abläufen in der Meinungsfindung der Fraktion ermöglicht. Zur Entlastung trug auch die neu geschaffene Stelle eines Fraktionssekretariates bei.

Die Fraktion erarbeitete im Berichtsjahr Legislaturziele, die sie in den zentralen politischen Themenbereichen bis Ende 2017 erreichen will. Dazu gehören die Senkung der Anzahl Bussen wegen Cannabis-Konsums, eine spürbare Verbesserung im Bereich racial profiling, die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle für Polizeiübergriffe, eine Transparenzierung der Poliseinträge und eine Liberalisierung der BürgerInnen-Aktivitäten im öffentlichen Raum.

Im Folgenden sind die wichtigsten Erfolge der AL Fraktion im 2015 kurz aufgeführt.

EWZ-Ausgliederung

Die AL hat sich als erste konsequent und klar gegen eine Ausgliederung des EWZ aus der städtischen Verwaltung gewehrt. Es gibt nicht zuletzt dank unserer Aufklärungsarbeit gute Chancen, dass der Gemeinderat Nicht-Eintreten auf das Geschäft beschliessen wird.

Limmat-Energie AG

Dank eines Rekurses von Niggi Scherr und konsequenter Rats- und Budgetarbeit konnten wir verhindern, dass ein Fernwärmeprojekt in der Stadt Zürich mittels einer Aktiengesellschaft und damit an Gemeinderat und Bevölkerung vorbei realisiert wird.

Behördenreferendum ZIL

Zusammen mit verschiedenen Bündnispartnern konnte ein Referendum gegen das unnötige Projekt «Zürich im Landesmuseum» ergriffen werden. Die über 36% Nein-Stimmen an der Urne haben uns über einen Achtungserfolg hinaus Respekt verschafft.

Abschaffung «Zahnbürstelbesuche»

Dank unserer Interventionen in der GPK (Geschäftsprüfungskommission) und parlamentarischer Vorstösse hat die Stadtpolizei die Hausbesuche von Einbürgerungswilligen mit CH-Ehepartner/-in auf ein Minimum reduziert.

Prostitutionsgewerbeverordnung (PGVO)

Die AL-Fraktion hat auch 2015 gegen die gewerbefeindlichen Bestimmungen der PGVO gekämpft. Grundsätzlich ist die Fraktion für eine Aufhebung dieses Wortmonsters. Konkret versucht die AL eine Lockerung der Zimmerbeschränkung sowie eine Abschaffung der unsinnigen Ticketautomaten für Sexarbeiterinnen zu erreichen. Zudem möchten wir planungsrechtlich die Aufhebung des 50%-Wohnanteilverbots für Salons erreichen.

Budgetdebatte

Dank guter Vorbereitung konnten dieses Jahr die Interventionen der AL-Fraktion verbessert werden. So ist als positives Beispiel der Verzicht auf eine Luxusnierung der alternativ genutzten Liegenschaft am Bu-

renweg zu vermelden. Allerdings hat sich einmal mehr gezeigt, dass wir nicht die Deutungshoheit über unsere Spar- und Umverteilungsvorschläge haben. Wir müssen in Zukunft unsere Vorschläge noch besser an unsere UnterstützerInnen ausserhalb des Parlamentes kommunizieren.



Kantonsrat**Markus Bischoff Fraktionspräsident**

Ab Anfang Mai konnten Markus Bischoff, Kaspar Bütikofer und Judith Stofer, die drei bisherigen KantonsrätInnen, sowie Laura Huonker und Manuel Sahli, die beiden Neugewählten, als eigenständige AL-Fraktion die Arbeit im Kantonsrat aufnehmen.



Wichtig war die Einsitznahme in den Kommissionen, da dort die Arbeit im Parlament vorgespurt wird. Kaspar Bütikofer konnte die Dossiers Soziales und Gesundheit, Judith Stofer Bildung und Kultur übernehmen. Beides sind gewichtige Kommissionen, weil der Kanton am meisten Geld für Bildung und Gesundheit ausgibt. Manuel Sahli beaufsichtigt die Gerichte und die Justiz, während Laura Huonker aus beruflichen Gründen in keiner Kommission Einsitz nahm. Markus Bischoff wurde als Fraktionspräsident Mitglied der Geschäftsleitung des Kantonsrates und Mitglied der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit.

Es ist der Fraktion gelungen, im Rat und in den Medien präsent zu sein. Das war nur möglich, indem sich alle im Rat offensiv zu Wort meldeten und in den Kommissionen aktiv mitarbeiteten

Das wichtigste Geschäft war das Budget und die Festsetzung des Steuerfusses. Die Budgetdebatte verlief eher moderat. «Sparen» war das Zauberwort, «Mehreinnahmen» das Unwort. Die AL forderte als einzige Partei eine Steuerfusserhöhung. SP und Grüne stimmten Nein zu unserem Antrag, konnten aber nicht aufzeigen, wie der Staat zu mehr Geld kommen soll.

In einigen Bereichen übernahmen wir den Lead. So wehrten wir uns von Anfang an gegen die Senkung der Grundbuchgebühren. Die AL kündete das Referendum an. Erst nach dieser Ankündigung trauten sich auch die anderen linksgrünen Parteien, sich einzuschalten und beim Referendum mitzumachen.

Die Abschaffung der Kleinkinderbetreuungsbeiträge wurde von uns als einziger Fraktion bekämpft. Es ist nicht so, dass dieses Betreuungsmodell – Alleinerziehende betreuen die Kinder zu Hause – aus Sicht der AL gefördert werden soll. Doch die Abschaffung der Kleinkinderbetreuungsgelder verkommt zu einer

blossen Sparübung. Die eingesparten Gelder werden nicht zu Gunsten von Kinderbetreuung umgepolt.

Mit den anderen Fraktionen der Linken und der Mitte wehrten wir uns gegen die weitere Aufweichung der SKOS-Richtlinien. Der Generalangriff konnte zwar abgewehrt werden, doch nur zum Preis von moderaten Anpassungen.

Die Arbeit im Kantonsrat ist nicht gesät mit Erfolgserlebnissen. Die Machtverhältnisse im bürgerlich dominierten Rat sind klar. Es braucht eine dicke Haut und stetigen Optimismus. Wir werden auch im Jahr 2016 dran bleiben und uns konsequent für linke Anliegen einsetzen.

Stadtrat**Richard Wolff**

Seit bald drei Jahren sitze ich nun für die AL im Stadtrat und bin Vorsteher des Polizeidepartements, das bald Sicherheitsdepartement heissen wird

Mit meiner Politik möchte ist das gute Zusammenleben in einem enger werdenden Raum ermöglichen, das heisst eine von gegenseitigem Respekt geprägte Koexistenz von Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen, Ansichten und Wünschen fördern. Spannungen und Konflikte gehören in einer Stadt dazu, und man muss sie wahrnehmen und benennen. Ich möchte als Stadtrat eine vernünftige Auseinandersetzung ermöglichen, bei der alle Argumente ausdiskutiert werden können.

Bereits etabliert sind der Runde Tisch Rassismus, der Fandialog Fussball und Eishockey und auch die Fachkommission Prostitution, wo sich Mitarbeitende der Polizei und anderer Dienstabteilungen regelmässig mit Vertreterinnen und Vertretern von Vereinen, NGOs und Organisationen treffen, die sich bei diesen Themen engagieren. Zusätzlich fanden letztes Jahr spezielle Treffen mit GewerkschafterInnen, TaxifahrerInnen und Event-VeranstalterInnen statt. Zum Thema Nachtleben haben wir Gesprächsrunden mit



Clubbetreibern, PartygängerInnen und AnwohnerInnen organisiert. Immer sind an diesen Treffen auch die verantwortlichen Ämter vertreten, um den Kontakt zwischen Verwaltung und Bevölkerung möglichst ungefiltert zu ermöglichen.

Gemeinsam mit dem Polizeikommandanten haben wir ein neues Schwerpunktprojekt gestartet «Polizeiarbeit in urbanen Spannungsfeldern». Zusammen mit dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte der Universität Bern werden jetzt sensible Handlungsbereiche der Polizei analysiert. Im Teilprojekt Personenkontrollen geht es um die Frage, wie Personenkontrollen durchgeführt werden. Ausgelöst wurde dieses Teilprojekt unter anderem durch einen Vorstoss aus dem Gemeinderat zum Thema Racial Profiling. In einem zweiten Teilprojekt werden die bestehenden Beschwerdemöglichkeiten gegen polizeiliches Handeln näher untersucht. Das dritte Teilprojekt befasst sich mit dem Thema Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten.

Gemeinsames Ziel all dieser Arbeiten ist es, die Beziehung zwischen Polizistinnen und Polizisten auf der einen Seite, und der Bevölkerung auf der anderen Seite zu verbessern. Diese Beziehung wird heute schon als überwiegend gut angesehen, kann aber sicher weiterentwickelt werden. Worin sich heute beide Seiten einig sind: Die Begegnungen zwischen Polizei und Bevölkerung sollen möglichst anständig, zivilisiert und respektvoll verlaufen. Gegenseitig.

AL-Winterthur

Katharina Gander, Gemeinderätin

Der Erfolgskurs der AL Winterthur geht auch im 2015 weiter. So sind wir seit April durch Manuel Sahli endlich auch im Kantonsrat vertreten. Auch bei den Nationalratswahlen gelang es der AL Winterthur ein gutes Resultat zu erzielen.

Im Gemeinderat gab es Ende Jahr einige Verschiebungen - so wechselte David Berger in die neu gegründete Spezialkommission Verselbständigung Stadtwerk und Katharina Gander nach einem Zwischenhalt in der Einbürgerungskommission in die Kommission für Bildung, Sport und Kultur.

Ein Highlight der parlamentarischen Arbeit war sicher, dass die AL-Motion «Baurecht statt Landverkäufe von städtischem Land» eine Mehrheit fand. Weiter konnte auch die Privatisierung der Stadtgärtnerei abgewendet werden. Ergänzend haben die beiden AL-Gemeinderäte sich für eine aktive Stadt- und Quartierentwicklung auf dem Volg-Areal und für eine sinnvolle Entwicklung auf dem Zeughaus-Areal eingesetzt.

Die AL Winterthur war zudem an verschiedenen Abstimmungskämpfen aktiv beteiligt. Besonders wichtig war zum einen die Vorlage zum Gestaltungsplan

Werk1, wo ein Gebiet so gross wie die Winterthurer Altstadt neu gestaltet wird. Dank dem Gestaltungsplan gelang es uns, den Landbesitzer (Implenia) zu verpflichten, dass rund dreissig Prozent der neu gebauten Wohnungen gemeinnützig werden. Ein toller Erfolg für Winterthur. Zum andern engagierte sich die AL Winterthur aktiv bei der neuen Parkplatzverordnung, die dann leider an der Urne trotzdem scheiterte. Zudem sammelten wir sowohl fürs BüPF-Referendum als auch für die Wohn-Initiative aktiv Unterschriften.

Die AL Winterthur organisiert seit 2015 neu mehrere Veranstaltungen zu Themen wie Grundeinkommen, alternative Wirtschaftsmodelle oder staatliche Überwachung. Dieses Konzept gefällt uns und wird in Zukunft weiter ausgebaut und entsprechend publik gemacht.

AL-Limmattal

Ernst Joss, Gemeinderat

Auch in diesem Jahr traf sich die AL-Limmattal monatlich, meist vor den Gemeinderatsratssitzungen in Dietikon. Im Zentrum stand dabei die Vorbereitung der Gemeinderatssitzung, aber auch die Entwicklung in anderen Gemeinden des Bezirks.

Im Gemeinderat von Dietikon sind wir in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) vertreten und können so unsere Anliegen bei der Beratung der Geschäfte frühzeitig einbringen.

Diskussionsstoff gab weiterhin die von uns mitgetragene Volksinitiative zum Erhalt des Alten Bären in Dietikon. Die Forderung ist, dass dieser in Gemeindebesitz bleibt. Der Stadtrat beschloss den Verkauf des Gebäudes unmittelbar vor Einreichung der Initiative. Mit einem Beschluss des Stadtrates soll jetzt immerhin verhindert werden, dass weitere Gebäude in unmittelbarer Umgebung verkauft werden. Leider nur ein kleiner Erfolg!

Die Finanzlage von Dietikon gibt weiterhin Anlass zur Sorge. Der Steuerfuss ist 10% über demjenigen der Stadt Zürich. Nachdem sich die AL-Limmattal schon lange Gedanken über Eingemeindungen in die Stadt Zürich gemacht hat, reichten wir ein Postulat in Dietikon und eine Einzelinitiative in Schlieren ein. Das Medienecho war ausserordentlich gross und die Reaktionen grösstenteils sehr positiv. Für kleine Parteien, welche man oft kaum wahrnimmt, ist dies von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Das Thema wird nun in den Parlamenten von Dietikon und Schlieren behandelt.

Bei den Kantonsratswahlen erzielten wir in unserem Bezirk, neben den Städten Dietikon und Schlieren sehr bürgerlich dominierte Landgemeinden, ein befriedigendes Resultat. Bei den Nationalratswahlen vertrat Stefan Bolz unseren Bezirk auf einem guten Li-



stenplatz. Mit ausserordentlich vielen Panschierstimmen erzielte er ein beachtenswertes Resultat.

Bei der 1. Maifeier in Dietikon waren wir im 1. Maikomitee aktiv vertreten. Ebenso bei der 1. Augustfeier in Oberengstringen.

AL-Horgen

Christian Besmer

Die Bündelung der links-grünen Kräfte war denn für die AL Bezirk Horgen das wichtigste Kernthema, um im prosperierenden Wahlkreis etwas mehr Öffentlichkeit herzustellen. So ist AL Bezirk Horgen massgebend daran beteiligt, dass dieses Jahr im Bezirk Horgen eine 1.-Maikomitee gewährleistet, dass in Thalwil wieder eine 1.-Mai-Veranstaltung stattfindet.

Ebenfalls konnten dank der AL neben Langnau und Horgen nun auch in Adliswil und Wädenswil zwei weitere ArbeitnehmerInnen-Vereinigungen (ANV) gegründet werden konnten. AL-Mitglied Christian Besmer wurde zum Präsidenten der ebenfalls neu gegründeten ANV-Bezirksorganisation bestimmt.

Bei der sehr umstrittenen Schliessung des SZU-Bahnreisezentrums Langnau konnte die AL zusammen mit den andern Parteien den Widerstand der Bevölkerung mit einer Unterschriftensammlung aufzeigen. In wie weit die kantonale Politik nun das Anliegen der Bevölkerung aufnimmt bleibt im Raum. Die Antwort von Regierungsrätin Walker Späh auf die Eingaben der Petition ist jedenfalls nicht sehr ermutigend. Zu erwähnen ist das Engagement unserer AL-Kantonsrätin Judit Stofer, welche mit einer Anfrage auf das Anliegen der Langnauer Bevölkerung aufmerksam gemacht hat. Als einzige Kantonsrätin war sie denn auch bei der Übergabe der Petition zugegen, was in der breiten Öffentlichkeit mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen wurde.

Bewährt und sehr zur Kenntnis genommen wird die kontinuierliche doppel-seitige Plakatierung mit bei Abstimmungen an fünf den IPK-Standorten in Langnau. Diese Investition hat sich unbestritten gelohnt.

Das vielschichtige Engagement der AL Bezirk Horgen bei lokalen Fragen bringt hier überdurchschnittlich Publizität. Diese Strategie werden wir nach unseren beschränkten Möglichkeiten fortsetzen. Ein besonderes Dankeschön an Manuel Sahli, der uns bei Facebook und Homepage un-

terstützt.

welche man oft kaum wahrnimmt, ist dies von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Das Thema wird nun in den Parlamenten von Dietikon und Schlieren behandelt.

Bei den Kantonsratswahlen erzielten wir in unserem Bezirk, neben den Städten Dietikon und Schlieren sehr bürgerlich dominierte Landgemeinden, ein befriedigendes Resultat. Bei den Nationalratswahlen vertrat Stefan Bolz unseren Bezirk auf einem guten Listenplatz. Mit ausserordentlich vielen Panschierstimmen erzielte er ein beachtenswertes Resultat.

Bei der 1. Maifeier in Dietikon waren wir im 1. Maikomitee aktiv vertreten. Ebenso bei der 1. Augustfeier in Oberengstringen.

Sozialbehörde

Silvia Domeniconi

Soll Herr Maggi (52), dessen selbständige Erwerbstätigkeit immer weniger abwirft, so dass er auf Sozialhilfe angewiesen ist, weiterhin selbständig bleiben dürfen oder muss er sich umorientieren? Soll einer allein erziehenden Mutter die Ausbildung an einer Privatschule finanziert werden? War der Entscheid des Stellenleiters, dass eine Familie mit vier schulpflichtigen Kindern nur noch den regulären statt den ganzen Mietzins angerechnet bekommt, weil sie sich nicht ausreichend um eine günstigere Wohnung bemüht hat, angemessen?

Solche und viele ähnliche Entscheide muss die Sonderfall- und Einsprachekommission der Sozialbehörde der Stadt Zürich fällen. Die Sozialbehörde ist vom Gemeinderat beauftragt, das kantonale Sozialhilfegesetz in der Gemeinde umzusetzen und bekommt dazu Kompetenzen, welche sie 2009 grossenteils den Sozialen Diensten übergeben hat. Die Sozialbehörde ist neben Entscheiden in bestimm-



3 000 Unterschriften gegen die Schalterschliessung in Langnau.



ten Einzelfällen auch die erste Einspracheinstanz für Klientinnen und Klienten gegen Entscheide der Sozialen Dienste. Dafür wird sie als Laienbehörde tatkräftig von einem Team von Juristen und Juristinnen unterstützt.

Die Sozialbehörde übt die Aufsicht über die Sozialen Dienste und wird deshalb laufend über Geschehnisse und Veränderungen informiert. Da, wo gesetzlich keine verbindlichen Vorschriften gelten, z.B. bei der Höhe der anrechenbaren Mieten, erlässt die Sozialbehörde eigene Richtlinien. Die Beauftragung des Inspektorats bei Verdacht auf missbräuchlichen Sozialhilfebezug, obliegt ebenfalls der Sozialbehörde.

Die Sozialbehörde trifft nicht nur Entscheide, sondern wirkt auch bei Vernehmlassungen mit. Jüngstes Beispiel war die Vernehmlassung zur Revision der SKOS-Richtlinien. Hier geht es um Meinungsbildung und Einflussnahme, damit die SKOS-Richtlinien einerseits weiterhin politisch breit akzeptiert und angewandt werden, um Rechtsgleichheit in der Schweiz zu erwirken, andererseits sind es auch diese Richtlinien, welche die Bedürfnisse und Rechte der wirtschaftlich Schwächsten in der Schweiz sicherstellen sollen. In diesem Spannungsfeld steht die Sozialbehörde der grössten Schweizer Gemeinde in einer grossen gesellschafts- und sozialpolitischen Herausforderung und Verantwortung.

PWG

Catherine Rutherford

Die PWG (Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich) ist eine gemeinnützige, öffentlich-rechtliche Stiftung der Stadt Zürich mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie bezweckt, preisgünstige Wohnungen und Gewerberäume zu erhalten und zu schaffen.

Die Gründung geht auf eine Volksinitiative von 1990 zurück. Die StimmbürgerInnen stellten 50 Mio. Startkapital zur Verfügung. In den 25 Jahren seit der Gründung wuchs der Bestand auf stattliche 134 Liegenschaften mit 1'576 Wohnungen und 299 Gewerberäumen. Die Liegenschaften sind heute rund 600 Mio. wert, das Eigenkapital beträgt knapp 150 Mio. Auf der Geschäftsstelle kümmern sich 22 Mitarbeitende um die Vermietung, den Unterhalt, die langfristige Bewirtschaftung der Häuser und sind dauernd auf der Pirsch, um weitere Häuser zu kaufen und somit dauerhaft der Spekulation zu entziehen, durchschnittlich fünf pro Jahr. Im letzten Jahr konnten nur drei Liegenschaften erworben werden. Bei den aktuellen historisch tiefen Zinsen sind Liegenschaften eine gute Geldanlage. Dadurch werden nur wenige Häuser verkauft und die Preise sind sehr hoch. So gilt es jeden Kauf gut zu prüfen, um die finanzielle Stabilität der

PWG nicht zu gefährden. Bei einzelnen Käufen leistet die Stadt zusätzlich Abschreibungsbeiträge, damit die Mieter und Mieterinnen auch nach dem Verkauf zum gleichen Mietzins bleiben können.

Schulpflege

Anne-Claude Hensch (Schwamendingen)

Rahel Krähenbühl (Uto)

Rahel, du bist seit Sommer im Uto Schulpflegerin. Wie ist dein Eindruck vom ersten Jahr?

«Ich finde mich so langsam in die Strukturen der Kreisschulpflege ein. Bin – nur halbwegs – erstaunt über die Ineffizienz der Sitzungen. Insgesamt bedeutet das Amt einen grösseren Aufwand, als ich dachte. Den Lehrpersonen gerecht zu werden ohne in Floskeln abzudriften, Kritik so einfließen lassen, damit sie einen konstruktiven Prozess auslösen kann – alles eine schöne Herausforderung.»

Anne-Claude, du bist schon seit zwei Jahren in Schwamendingen in der Schulpflege und neu in der Schulkommission. Was gefällt dir am besten?

Anne-Claude: «Am Anfang ist der Aufwand höher, weil man zuerst alles kennenlernen muss und die diversen Schulungen besucht. Die MAB (Mitarbeiterbeurteilung) sind sicher der zeitaufwändigste Teil meiner Aufgabe, aber auch einer der Befriedigendsten. Das genaue Beobachten, Analysieren, Schreiben, Diskutieren mit der Schulleitung und die Rückmeldung an die Lehrperson entsprechen mir sehr und machen Spass.»

Wie genau sieht die Zusammenarbeit Schulpflege - Lehrer - Schulleitung aus?

Rahel: «Damit wir als Schulpflege aktiv werden können, besuchen wir alle zugeteilten Lehrer und Horte mind. einmal jährlich. Danach werden die Beobachtungen besprochen und allenfalls weitere Besuche vereinbart. Wenn eine MAB ansteht, wird der Lehrer in einer bestimmten Zeitspanne mehrmals von Schulpflege und Schulleitung (SL) besucht und bewertet. Das Resultat entscheidet u.a. über den weiteren Lohn des Lehrers. Informationen wie Stundenpläne, Jahresprogramme leiten SL und Lehrer automatisch an uns weiter. Zudem erfahren wir dreimal jährlich an Sitzungen mit der SL, Leitung Betreuung und Lehrervertretungen was an der Schule läuft. Bislang hatte ich den Eindruck, dass der Austausch recht gut funktioniert.»

Anne-Claude: «Die Funktion der Behördenmitglieder der Schulpflege hat sich im Laufe der Zeit verändert. Vom Fokus auf die einzelne Lehrperson auf die zugeteilte(n) Schule(n). Hier geht es ganz klar um eine Aufsichtsfunktion. Wir beobachten, ob die Schule und der Hort gute Arbeit leisten und melden das der Schu-



leinheit und auch der Kreisschulpflege zurück. Also nichts mit Schlichten in Streitfällen oder Interventionen im Krisenfall. Dort ist die Schulleitung oder das Präsidium des Schulkreises gefragt, z.B. in Fällen, wo in einem Klassenteam die Zusammenarbeit schwer gestört ist und die Schulleitung nicht mehr weiterkommt. Bei den MAB sind wir Teil des Qualitätssicherungsprozess und vertreten die Aussensicht. Wir arbeiten auf alle Fälle eng mit der Schulleitung zusammen.»

Die Art der Schulpflege als Laiengremium ist mit dem neuen Gemeindegesezt in der Diskussion. Wo liegt der Vorteil der Schulpflege, wie sie heute aufgestellt ist?

Anne-Claude: «Nicht nur die Verwaltung beaufsichtigt die Schulen, sondern auch ein demokratisch legitimes Laiengremium. Solange wir den Anspruch haben, eine Volksschule anzubieten, finde ich das auch richtig so. Über die Form kann man immer reden. In Schwamendingen erlebe ich eine aus kompetenten Laien zusammengesetzte Behörde, es gibt sicher auch das Gegenteil. Die Laien sind billiger als Profis, und bringen eine Aussensicht hinein, welche auf Ebene der Schule als Unterstützung wahrgenommen wird.»

Was sind die Nachteile des Laeingremiums?

Rahel: «Die bestehende Schulpflege mit ihren vielen niederprozentigen Behördenmitgliedern gewährleistet eine breit abgestützte Verbindung zwischen Politik und Schule. Durch die tiefen Pensen der Schulpfleger ist jedoch der Aufbau von Erfahrung verzögert. Zudem kommt es häufig zu vorzeitigen Abgängen von Behördenmitgliedern. Beides führt dazu, dass Lehrer oft mit unerfahrenen Schulpfleger zu tun haben. Negative Vorurteile über Laiengremien können so leicht bestätigt werden. Eine Weiterentwicklung der Schulpflege, ohne dass auf die bewährte Aussensicht von politisch legitimeerten Laien verzichtet wird, wäre daher wünschenswert.»

Wie könnte eine solche Weiterentwicklung aussehen?

Rahel: «Weniger Behördenvertreter, die dafür in höheren Pensen arbeiten und entsprechend schnell Erfahrung aufbauen können. Als mögliche Massnahme gegen die bestehend hohe Fluktuation, sollte auf eine adäquate Bemessung der Pensen geachtet werden. Die Mitglieder des gegenwärtigen Laiengremiums sind häufig im Quartier verankert und haben meist Kinder im Schulalter. Das schafft persönlichen Bezug und öffnet den Blick für die Schulpraxis. Insofern sind sie weniger anfällig auf theoriegeleitete Wahrnehmung und Schreibtischideen. Sie bringen zudem Erfahrung aus verschiedensten beruflichen Hintergründen mit, was den Blickwinkel zusätzlich erweitert.»

Interaktives Interview: Dayana Mordasini

IPK

Manuela Schiller

Im Kanton Zürich werden alle ordentlichen RichterInnen der Bezirksgerichte sowie ein Teil der StaatsanwältInnen vom Volk gewählt. Es hat sich seit vielen Jahren eingebürgert, dass sich die im Kantonsrat vertretenen Parteien auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag einigen.

Dazu haben sie bezirkweise die interparteilichen Konferenzen (IPK) gegründet. Die AL Zürich präsidiert diese seit letztem Sommer turnusgemäss. Im Moment sind wir durch Corina Semadeni, Markus Bischoff, Jürg Gasche und mich vertreten.

Die Richter- und StaatsanwältInnenstellen werden nach einem Schlüssel, welcher sich nach der Parteienstärke gemäss Kantonsratswahlen im Bezirk Zürich richtet, verteilt. Jede Partei stellt vier Mitglieder, hat dabei aber nur eine Stimme; Aufgrund unseres Wahlverfolgs bei den letzten Wahlen in den Kantonsrat hätten wir aktuell Anspruch auf 5 Richter- und 3 Staatsanwaltschaften. Sobald eine Stelle frei wird, ermittelt die IPK nach einem komplizierten Schlüssel, welcher Partei dieser Sitz zufällt. Die Partei schlägt der IPK jemanden vor, die IPK-Mitglieder prüfen die jeweiligen BewerberInnen und es erfolgt ein gemeinsamer Wahlvorschlag. Die Prüfung umfasst grundsätzlich nur die fachlichen Aspekte. Sofern keine anderen Wahlvorschläge eingehen, kann eine stille Wahl erfolgen. Aktuell gibt es am Bezirksgericht Zürich zwei AL-Richterinnen: Corina Semadeni und Karin Graf. Noch in diesem Jahr wird voraussichtlich Manuel Hauser, der von uns bereits vorgeschlagen ist, als dritter AL-Richter gewählt werden. Ab wann die AL auch eine Oberriechterin oder einen Oberriechter stellen wird, ist noch nicht absehbar. Hier müssen Rücktritte abgewartet werden. Nächsten Frühling finden die Gesamterneuerungswahlen für die StaatsanwältInnen statt. Spätestens auf diesen Zeitpunkt hin wird es vielleicht auch den einen oder die andere AL-StaatsanwältIn geben. Auch die gewählten Richterinnen verpflichten sich gemäss unserem Behördenabgabereglement zu einer Abgabe an die AL.

Alternative Liste (AL)

Postfach 1005, 8026 Zürich, al-zh.ch
Sekretariat Molkenstr. 21, 8004 Zürich
 sekretariat@al-zh.ch * Tel. 044 242 19 45
 IBAN CH53 0900 0000 8706 3811 5

Erscheint 1 mal jährlich

Auflage/Druck 2200 Ex., Druckerei Nicolussi, Zürich

Layout Dayana Mordasini

Redaktion Dayana Mordasini, Corin Schäfli